

Prognose 1981: Leistungsbilanzprobleme trotz Konjunkturtiefs

Die internationale Wirtschaftslage¹⁾

Die Konjunktur hat sich im Herbst insbesondere in Westeuropa weiter verschlechtert. Die deutsche Industrieproduktion lag im Durchschnitt der Monate September/Okttober bereits um 5% unter dem Vorjahresstand. Noch rascher breitet sich die Rezession vor allem in Großbritannien aus, das heuer mit einem Rückgang des Sozialproduktes um 2,5% rechnen muß. Insgesamt wird das Sozialprodukt der westeuropäischen Staaten im zu Ende gehenden Jahr noch um rund 1,5% wachsen (nach +3,3% im Vorjahr). Die Arbeitslosigkeit wächst infolge des Konjunkturrückschlags in nahezu allen Ländern. In den EG-Ländern betrug die Zahl der Arbeitslosen im September 7,1 Millionen gegen 6,0 Millionen ein Jahr vorher. Die amerikanische Rezession ist im Sommer von einer Aufwärtsbewegung der Konjunktur abgelöst worden, die bis in den Herbst anhielt. Dieser unerwartete Auftrieb wird in erster Linie mit der vorübergehenden Lockerung der monetären Politik erklärt, Lagerinvestitionen könnten gleichfalls eine Rolle gespielt haben. Die Anlageinvestitionen haben sich hingegen im III. Quartal weiter zurückgebildet. Die Konjunkturbelebung und die Verteuerung des Erdöls haben der Inflation neue Nahrung gegeben und die US-Geldbehörden im Herbst zu einer neuerlichen Verschärfung der Geld- und Kreditpolitik veranlaßt, deren restriktiver Effekt solange anhalten dürfte, bis die Inflation deutlich nachläßt. Das abermals sehr hohe amerikanische Zinsniveau ließ den Dollarkurs im Herbst wieder stark steigen. Die Aufwertung des Dollars verschärft die westeuropäischen Stabilitätsprobleme, das hohe Zinsniveau in den USA läßt auch in Europa nicht an eine Lockerung der Geldpolitik denken, womit hier der Spielraum der Konjunkturpolitik weiter verengt wird. Der Fortgang des amerikanischen Aufschwungs im kommenden Jahr ist skeptisch zu beurteilen, da sich die neue Administration in erster Linie der Stabilisierung des Preisniveaus widmen dürfte. Relativ gut scheint hingegen die japanische Wirtschaft die Folgen des Erdölschocks zu bewältigen.

Die Aussichten auf einen raschen Aufschwung in den Industrieländern im kommenden Jahr erscheinen unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Prämissen nicht gut, auch wenn die steigende Arbeitslosigkeit da und dort konjunkturstützende Maßnahmen auslösen könnte. Allgemein scheint die Bereitschaft, Be-

schäftigungseffekte vor Stabilitätserfolge zu stellen, noch ziemlich gering.

Erhebliche Prognoseunsicherheiten bestehen für die Entwicklung der Wechselkurse infolge der starken Schwankungen des Dollarkurses im abgelaufenen Jahr. Ein Anhalten des sehr hohen Kurses vom Dezember würde im Durchschnitt 1981 eine Kursverminderung der EWS-Währungen um 10% bedeuten. Angesichts der gegenwärtigen Stärke des Dollars und der stabilitätspolitischen Prioritäten in den USA erscheint dies nicht ganz ausgeschlossen. In bezug auf die mitteleuropäischen Länder Österreich, BRD und Schweiz ist jedoch der erhebliche Stabilitätsvorsprung zu bedenken, der im Laufe des Jahres trotzdem zu einer Festigung der Kurse dieser Währungen führen sollte.

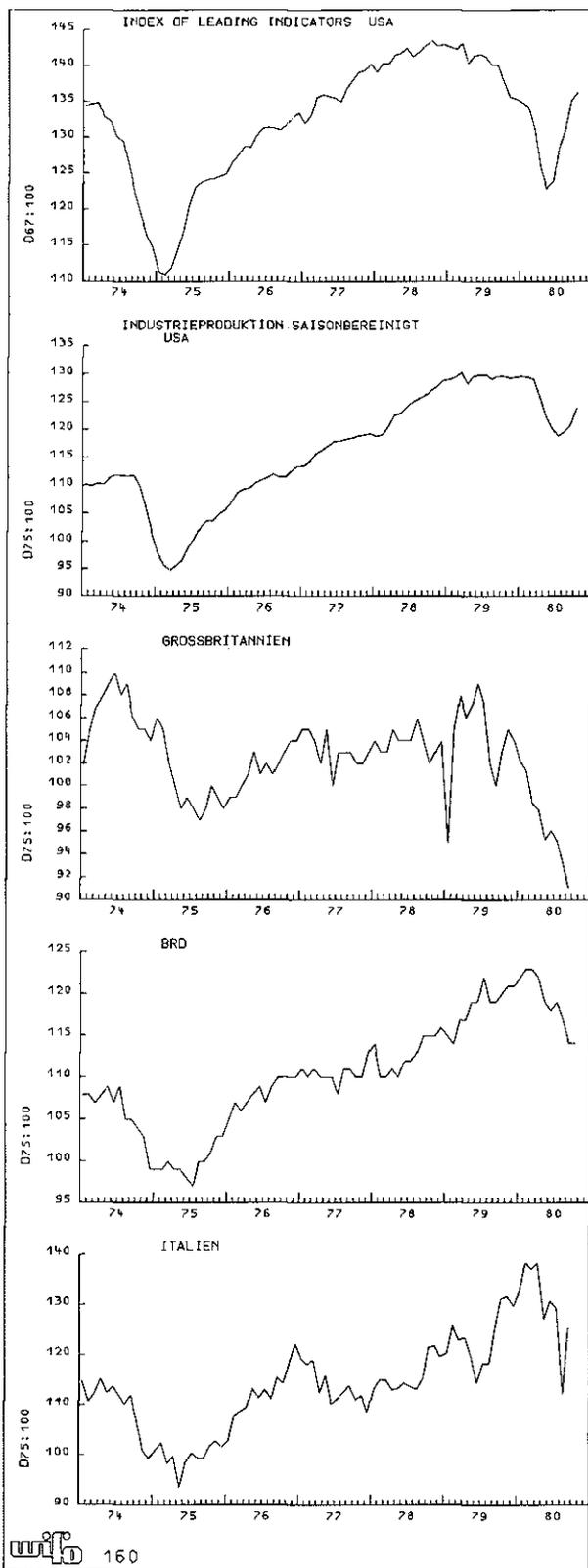
Die Lage auf den Erdölmärkten erscheint trotz des anhaltenden Kriegs im Mittleren Osten im Augenblick ziemlich entspannt. Der Ausfall von Lieferungen aus dem Irak und dem Iran konnte allerdings nur teilweise durch verstärkte Lieferungen aus anderen OPEC-Ländern und eine höhere Förderung außerhalb der OPEC wettgemacht werden. Die Nachfrage der Industrieländer ist angesichts der schlechten Konjunktur und voller Lagerbestände leicht rückläufig. Dennoch deuten Ankündigungen der OPEC und die längerfristigen Konsequenzen der Irak-Iran-Krise eher auf eine Anspannung der Versorgungssituation und einen weiteren Preisanstieg hin. So könnte vor allem die Bereitschaft zu kompensierenden Mehrlieferungen vor allem in Saudi-Arabien nachlassen, ein strenger Winter könnte die Nachfrage der Erdölverbraucher trotz gedämpfter Industrieproduktion steigen lassen, und politische Umstürze sind ohnehin nicht prognostizierbar. Die Institutsprognose für Österreich geht von einem Rohölpreis von 35 \$ bis 40 \$ je Barrel im Durchschnitt aus. Die österreichischen Einfuhrpreise für Rohöl würden sich dadurch auf etwa 3 800 S je Tonne stellen, rund 20% höher als im Durchschnitt des abgelaufenen Jahres (3 100 S je Tonne).

Im einzelnen werden der österreichischen Konjunkturprognose folgende Wachstumsannahmen für die wichtigsten Regionen zugrundegelegt:

Reales Brutto-Sozialprodukt
Veränderung gegen das Vorjahr in %

	1979	1980	1981
USA	+2,3	-1	+1
BRD	+4,4	+2	0
OECD insgesamt	+3,3	+1	+1
OECD-Europa	+3,3	+1,5	+0,5

¹⁾ Eine eingehende Darstellung siehe *F. Breuss*. Die Konjunktur in den westlichen Industriestaaten. Monatsberichte 11/1980 S. 582



Zur Situation in Österreich

In Österreich verlief der Rückgang der Konjunktur kaum weniger rasch als in Westeuropa, doch war die

Kapazitätsauslastung im Konjunkturrückgang sehr gut und die Folgen der Produktionsdrosselung daher bislang nicht gravierend. Gegenüber dem Vorjahresstand war die Industrieproduktion im September noch etwas höher, saisonbereinigt allerdings um $4\frac{1}{2}\%$ geringer als im Frühjahr 1980. Zu nennenswerten Beschäftigungseinbrüchen ist es bisher nicht gekommen. Die konjunkturellen Probleme konzentrieren sich auf die Vorproduktindustrien und das Bauhauptgewerbe. Andere Branchen der Industrie sowie das Baunebengewerbe registrierten gleichfalls eine Nachfrageabschwächung, doch bestehen vielfach noch ausreichende Auftragspolster. Auch hat sich die Gewinnlage nach dem zufriedenstellenden Jahr 1979 zumindest in der ersten Jahreshälfte in vielen Sparten noch verbessert.

Der Rückgang der Industrieproduktion ist in erster Linie auf die nachlassende Konjunktur im Ausland zurückzuführen. Auf den Märkten der Industrieländer erlitt Österreich im 1. Halbjahr 1980 zudem Marktanteilsverluste. Auf den Inlandsmärkten, wo die Nachfrage teils stabil (Konsum, Bauvolumen), teils sogar expansiv (Ausrüstungen, Lager) war, sind gleichfalls Marktanteile verloren gegangen. Kennzeichnend dafür ist die Beobachtung, daß verstärkt elektrische und elektronische Ausrüstungsgüter gekauft wurden, für die in Österreich ein relativ geringes Angebot besteht, und auch, daß trotz rückläufiger Realeinkommen die Pkw-Zulassungen im abgelaufenen Jahr nicht unbeträchtlich (um fast $7\frac{1}{2}\%$) gestiegen sind. Die Leistungsbilanz hat sich daher nicht parallel zum Rückgang der Industriekonjunktur gebessert.

Die hartnäckig anhaltenden Außenhandelsdefizite legten keine Änderung des vorrangig auf außenwirtschaftliche Stabilität bedachten Kurses der Wirtschaftspolitik nahe, zumal sich die Beschäftigungslage nicht alarmierend verschlechterte. Der kräftige Preisaufruf, der in der zweiten Hälfte 1979 eingesetzt hatte, hat sich zwar in den letzten Monaten abgeschwächt, doch ist dies nicht in erster Linie dem restriktiven Kurs der Wirtschaftspolitik, sondern der internationalen Konjunktorentspannung und der zumindest vorübergehenden Stabilisierung der Erdölpreise zuzuschreiben.

Neben der Einkommenspolitik, die ihren zurückhaltenden Kurs auch in den Lohnverhandlungen vom Herbst 1980 dokumentierte, versuchte insbesondere die monetäre Politik nachfragedämpfend und im außenwirtschaftlichen Bereich stabilisierend zu wirken. Die Erfolge sind bisher einerseits, weil zum Ausland ein beträchtliches Konjunkturgefälle entstand, andererseits aus den schon erwähnten strukturellen Gründen bescheiden. Die generell nachfragedämpfenden Effekte waren nicht sehr ausgeprägt, während die erhoffte Verschiebung der Nachfragestruktur zugunsten inländischer Produkte praktisch ausblieb. Gleichzeitig schafft aber die Kostenseite in der Hoch-

zinsituation zunehmend Probleme für die Preisstabilität. Die Fortführung der Investitionen im industriellen Bereich scheint wegen der offenbar relativ geringen Zinselastizität dieser Projekte davon weniger betroffen zu sein als die Nachfrage im Wohnbau und bei anderen langfristig zu finanzierenden Projekten.

Weder das Zinsniveau noch die Wechselkursentwicklung können von den österreichischen Währungsbehörden allein fixiert werden. Für das Zinsniveau besteht wegen der in den letzten Jahren fortgeschrittenen Integration Österreichs in die internationalen Finanzmärkte eine Untergrenze, die eingehalten werden muß, um nicht Kapitalabflüsse zu induzieren. Diese liegt etwas über den entsprechenden deutschen Raten, die wiederum der Hausse in den USA folgen müssen, um den Kurs der DM halten zu können. Eine durchgreifende Senkung des hohen Zinsniveaus ist in absehbarer Zeit schon aus diesem Grund nicht zu erwarten. Die Wechselkurspolitik vermag zwar in engen Grenzen die Parität des Schillings gegenüber den am Europäischen Währungssystem teilnehmenden Währungen zu steuern, nicht aber die raschen Schwankungen des Dollarkurses auszugleichen. Gegenwärtig notiert der Dollar so hoch²⁾, daß sein Kurs im Laufe des Jahres 1981 beträchtlich zurückgehen müßte, um wieder den durchschnittlichen Wechselkurs des Jahres 1980 gegenüber dem Schilling zu erreichen. Real läge dann wegen des österreichischen Stabilitätsvorsprungs noch immer eine Abwertung vor. Damit wird das Problem des zweifachen Inflationsimports über die Währungsrelationen und über das hohe Zinsniveau akut.

Die Budgetpolitik für 1981 ist mäßig restriktiv. Sie geht von der Annahme aus, daß die Gefahren der Rezession für die Vollbeschäftigung in akzeptablen Grenzen gehalten werden können, wozu nicht zuletzt der verstärkte Einsatz der Arbeitsmarktförderungsmittel erforderlich erscheint. Sollten sich die negativen Konsequenzen der Konjunkturabschwächung unerwartet verstärken, könnte auf den Konjunkturausgleichshaushalt zurückgegriffen werden³⁾.

Revision der Prognose für 1980

Die Überprüfung der Prognosewerte für 1980 ergab erwartungsgemäß nur noch geringfügige Korrekturen. Am auffälligsten ist wohl, daß die Annahmen über den Zusammenhang zwischen Endnachfrage und Importen bei einem Rückgang der Konjunktur zu optimistisch waren. Wie geschildert hat sich die Importquote im III. Quartal nur geringfügig ermäßigt und dürfte im IV. Quartal sogar wieder steigen. Dies gilt insbesondere für die preisbereinigte Betrachtung. Die

²⁾ Ähnlich hoch wie im Dezember 1980 notierte der Dollar seit Herbst 1978 nicht mehr.

³⁾ Siehe dazu G. Lehner: Der Bundesvoranschlag 1981, Monatsberichte 11/1980 S. 564.

Prognose der Handelsbilanz ergibt nun ein Defizit von 87,6 Mrd. S. gegenüber der früheren Schätzung von 83,5 Mrd. S. Der geringere Außenbeitrag zum Wachstum wird durch ein vermutlich etwas höheres Wachstum des privaten Konsums (+2% zu konstanten Preisen, bisher +1¼%) und durch deutlich optimistischere Erwartungen in bezug auf die Ausrüstungsinvestitionen (+10½% gegen bisher +8%) kompensiert. Demnach ändert sich an der Wachstumsprognose für das abgelaufene Jahr von +3½% zu konstanten Preisen (+9% nominell) nichts. Auch die Prognosen für den Arbeitsmarkt und die Preisentwicklung dürften eintreffen: Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosigkeit 1,9% betragen haben und der Verbraucherpreisindex um 6,4% gestiegen sein. Die Netto-Masseneinkommen dürften sich geringfügig stärker (um 6½%) erhöht haben, als bisher angenommen wurde. Das geht darauf zurück, daß das Lohnsteueraufkommen etwas hinter den Annahmen zurückblieb, während sich die Brutto-Lohnsumme ungefähr im Rahmen der bisherigen Prognose erhöht haben dürfte (+7¼%).

Vorschau auf 1981

Die jetzt erkennbaren Tendenzen für das kommende Jahr ergeben ein etwas ungünstigeres Bild als im September. Dazu tragen nicht nur die Revision der Annahmen über die internationale Konjunktur, sondern auch Entwicklungen im Bereich der heimischen Wirtschaft bei. Insgesamt ist zu erwarten, daß das *Brutto-Inlandsprodukt 1981* zu konstanten Preisen nicht höher als jenes des abgelaufenen Jahres sein wird. Dies setzt voraus, daß im Laufe des Jahres ein Aufschwung einsetzt, dessen Dynamik allerdings verhältnismäßig schwach sein dürfte. Zu Jahresbeginn werden Industrieproduktion und Sozialprodukt deutlich (um rund 3½% bzw. 2½%) unter dem Vorjahresstand liegen. Auch wenn dies in den Zuwachsraten des Jahresdurchschnitts nicht zum Ausdruck kommt, verzeichnet Österreich damit zwischen dem II. Quartal 1980 und der ersten Jahreshälfte 1981 eine ausgeprägte Rezession.

Auch dieses Ergebnis ist nur erreichbar, wenn die Annahme zutrifft, daß sich die internationale Konjunktur etwa ab dem Frühjahr wieder bessert. Dies würde gewährleisten, daß die österreichische *Ausfuhr* annähernd im gleichen Ausmaß wie die Auslandsmärkte wächst. Andererseits ist mit einem leichten realen Rückgang der Einfuhr zu rechnen.

Vielfach wird argumentiert, es sei inkonsistent, daß die Mehrzahl der Industriestaaten 1981 mit einem höheren Export- als Importwachstum rechnet. Dies trifft nicht unbedingt zu, sofern man annimmt, daß es den Industrieländern gelingt, ihr Leistungsbilanzdefizit gegenüber den OPEC-Ländern durch verstärkte Liefere-

rungen dorthin und stagnierende oder rückläufige Energieimporte abzubauen. Diese Situation dürfte auch für Österreich zutreffen. Die Nachfrage nach Industriewaren (ohne Energie) wird auf den österreichischen Absatzmärkten im OECD-Raum im neuen Jahr nicht stagnieren, sondern um rund 2% zunehmen. Für die Ausfuhr in die OPEC-Region ist ein realer Zuwachs von rund 20%, in die übrigen Entwicklungsländer von 10% und in die östlichen Planwirtschaften von 4% wahrscheinlich. Argumente für und gegen Marktanteils Gewinne halten einander ungefähr die Waage. Auf der einen Seite hat sich in den letzten Jahren die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs verbessert, was positive Effekte haben sollte, andererseits dürften sich Verschiebungen der Güterstruktur der Nachfrage eher nachteilig für das österreichische Exportsortiment auswirken.

Die Perspektiven des *Ausländerreiseverkehrs* sind vorsichtiger als für 1980 einzuschätzen: nicht nur wegen der allgemein ungünstigen Wirtschaftslage in Westeuropa (besonders in wichtigen Herkunftsländern wie Großbritannien und den Benelux-Staaten), sondern auch wegen des wahrscheinlichen Ausfalls an amerikanischen Touristen und des späten Ostertermins. Die nominellen Deviseneingänge werden nach dieser Prognose um rund 8% steigen, was preisbereinigt eine Stagnation bedeutet.

Von den Komponenten der *Inlandsnachfrage* dürften hingegen im Jahresvergleich keine expansiven Impulse auf die Produktion ausgehen. Sowohl die Nachfrage der privaten Haushalte wie auch die nach Investitionsgütern dürfte im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr annähernd stagnieren.

Die Lohnrunde vom Herbst 1980 brachte um rund 2 Prozentpunkte höhere Mindest- und Ist-Lohnsteigerungen als ein Jahr vorher. Nimmt man an, daß die Brutto-Lohnkraft infolge der schwächeren Konjunktur deutlich (von rund 3% im abgelaufenen Jahr auf 1½% im neuen Jahr) zurückgehen wird und daß Überstunden abgebaut werden, dann läßt sich die Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer im Jahr 1981 auf 7½% schätzen.

Die Arbeitskosten je Produktionseinheit in der Industrie lagen 1980 um rund 4% über dem Vorjahr. Dieser Anstieg war deutlich geringer als im Ausland, so daß sich trotz einer effektiven Aufwertung des Schillings um rund 2½% die Arbeitskostenposition Österreichs im internationalen Vergleich um etwa 1½% verbessert hat. Im Jahr 1981 wird das relative Zurückbleiben der österreichischen Arbeitskostenentwicklung wahrscheinlich noch stärker ausgeprägt sein.

Im Gegensatz zum abgelaufenen Jahr, in dem die Netto-Einkommen der Arbeitnehmer nach Abzug der Preissteigerungen um rund ¾% zurückgingen, wird deren reale Kaufkraft 1981 (trotz Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung) zumindest erhalten bleiben.

Entwicklung der Nachfrage

	1979	1980	1981	1979	1980	1981
	Mrd \$			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Nominell</i>						
Privater Konsum	510.9	555.0	588.3	9.0	8½	6
Öffentlicher Konsum	165.5	177.9	192.1	7.0	7½	8
Brutto-Anlageinvestitionen	228.3	253.9	268.1	9.0	11%	5%
Lagerbewegung und Statistische Differenz	20.4	28.0	18.8			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	925.1	1 014.8	1 067.3	10.6	9%	5%
Plus Exporte i. w. S.	335.7	373.8	403.8	13.7	11%	8
Warenverkehr ¹⁾	206.2	225.9	244.3	17.1	9%	8%
Reiseverkehr	75.0	84.0	90.7	10.9	12	8
Minus Importe i. w. S.	346.5	392.7	414.0	17.5	13½	5½
Warenverkehr ¹⁾	270.0	315.8	328.4	16.4	17	4
Reiseverkehr	40.4	42.2	45.4	10.1	4½	7½
Brutto-Inlandsprodukt	914.3	995.9	1 057.1	9.3	9	6
<i>Real (zu Preisen von 1964)</i>						
Privater Konsum	245.3	250.2	250.2	4.7	2	0
Öffentlicher Konsum	52.3	53.3	54.4	3.0	2	2
Brutto-Anlageinvestitionen	111.3	116.8	116.2	4.2	5	- ½
Bauten	59.3	59.3	58.1	0.5	0	-2
Ausrüstungen	52.0	57.5	58.1	8.8	10½	1
Lagerbewegung und Statistische Differenz	14.7	18.6	11.9			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	423.6	438.9	432.7	5.8	3½	-1½
Plus Exporte i. w. S.	193.5	203.2	208.2	9.1	5	2½
Warenverkehr ¹⁾	128.5	133.6	137.6	12.3	4	3
Reiseverkehr	32.8	34.1	34.1	6.3	4	0
Minus Importe i. w. S.	189.8	199.6	198.4	11.1	5%	- ½
Warenverkehr ¹⁾	153.8	166.5	164.0	10.1	8%	-1½
Reiseverkehr	20.7	20.7	20.5	2.8	0	-1
Brutto-Inlandsprodukt	427.3	442.5	442.5	5.1	3½	0

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

Nach dem Abbau der Sparquote in den Jahren 1979 und 1980 ist allerdings kaum mit einer weiteren Zusatzfinanzierung der *Haushaltsausgaben* aus finanziellen Rücklagen zu rechnen. Die Sparquote wird annähernd konstant (auf niedrigem Niveau) angenommen. Die Verbesserung der Einlagekonditionen (trotz Streichung der Sparförderung) sowie die Limitierung und Verteuerung der Privatkredite würden sogar dafür sprechen, daß sich der Anteil am Einkommen, der Ersparnissen zugeführt wird, vergrößert. Andererseits würde dies jedoch ein rückläufiges Konsumniveau bedeuten, was angesichts einer undramatischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kaum anzunehmen ist.

Erhebliche Unsicherheiten bestehen derzeit bezüglich der Einschätzung der weiteren *Investitionsentwicklung*. Dazu trägt vor allem bei, daß in Österreich infolge des lange Jahre wenig flexiblen Nominalzinsniveaus wenig Erfahrungen über die Zinsabhängigkeit der Investitionen in den verschiedenen Bereichen vorliegen. Außerdem sind die Einflüsse diverser Förderungsmaßnahmen (bzw. von deren Einschränkung oder Einstellung) schlecht abzuschätzen. Die Industrieunternehmer meldeten im Spätherbst eine Ausweitung ihrer Investitionen für 1981 um rund 6%, wenn man die in einer solchen Situation üblichen Planrevisionen berücksichtigt. Dabei ist das hohe In-

vestitionsvolumen des Baus einer Automotorenfabrik bei Wien nicht enthalten, das die Zunahme für den Industriedurchschnitt auf rund 14% zu laufenden Preisen anheben würde. Diese Pläne wurden zu einem Zeitpunkt erstellt, als das hohe Zinsniveau und die ungünstigen Konjunkturaussichten bereits bekannt waren. Sie sind hauptsächlich mit dem noch leicht überdurchschnittlichen Niveau der Kapazitätsauslastung und mit der günstigen Ertragsentwicklung im größeren Teil der Industrie zu erklären. Dennoch scheint diesmal besondere Vorsicht gegenüber der Unternehmerbefragung geboten. Das Auslaufen der Zinsenstützungsaktion für neue Projekte im Jahre 1981 dürfte entgegen manchen Ansichten das industrielle Investitionsvolumen in diesem Jahr nicht leicht verringern, sondern sogar erhöhen, weil viele Projekte knapp vor dem Jahresende 1980 zur Förderung eingereicht worden sein dürften, die dann überwiegend 1981 begonnen werden. Aus den übrigen Bereichen der Wirtschaft werden vorherrschend rückläufige Investitionsvolumen gemeldet. Auch das Volumen der Bundesinvestitionen wird 1981 um rund 3% geringer sein als im abgelaufenen Jahr. Dies wird vor allem Einschränkungen im Straßenbau bedeuten. Ein Rückschlag ist daneben im Wohnbau zu befürchten, wo nicht nur die Verteuerung und Verknappung der Kredite, sondern auch die Verminderung der Förderungsmittel die Finanzierung außerordentlich erschwert.

Die *Lagerbewegung* war in der Form, wie sie von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im abgelaufenen Jahr ausgewiesen wurde, schwer interpretierbar. In den ersten drei Quartalen 1980 wären demnach die Lager weit stärker aufgebaut worden als im gesamten Vorjahr, obwohl sich die Finanzierung der Lagerbestände stark verteuert hat und sich die Aussichten auf eine Preishausse oder einen Konjunkturaufschwung verringert haben. Offenbar spielen Inkonsistenzen der Gesamtrechnung bei diesem Ergebnis eine Rolle. So hat etwa die Produktion von Baustoffen in den ersten drei Quartalen 1980 um 8% zugenommen, während das bauliche Investitionsvolumen stagniert haben soll. Unsicherheiten bestehen auch infolge der veralteten Preisbasis der Gesamtrechnung. Es ist zu hoffen, daß diese statistischen Probleme im kommenden Jahr ausgeräumt werden. Unter konjunkturellen Aspekten ist für 1981 eine deutliche Verringerung des Lageraufbaus anzunehmen. Zeitweise, möglicherweise schon im IV Quartal 1980, werden sich die Lagerbestände absolut verringern.

Bescheidene Besserung der Leistungsbilanz

Die Konjunkturabschwächung wird den Importbedarf bremsen. In früheren Rezessionsphasen ist in Österreich die Importquote deutlich gesunken, so insbe-

sondere 1975. Auch diesmal sind ähnliche Effekte anzunehmen, doch ist gegenüber damals die unterschiedliche Struktur der Endnachfrage in Betracht zu ziehen. Diesmal werden die Ausrüstungsinvestitionen und wohl auch die Exporte, die relativ starke Importbezüge induzieren, die Konjunktur stützen, was 1975 nicht der Fall war. Dies wird sich in einem vergleichsweise höheren Importbedarf und somit in einer schwächeren Verringerung der Importquote als in früheren Konjunkturtiefs niederschlagen. Das Institut rechnet mit einem preisbereinigten Rückgang des Importvolumens um 1½%, zu laufenden Preisen werden die Importe um 4% steigen. Dazu trägt auch bei, daß sich die Energieimporte (teilweise sind Preissteigerungen bereits eingetreten) neuerlich verteuern werden. 1980 dürfte der Wert der Energieeinfuhr mehr als 47 Mrd. S erreichen, 1981 wird er sich bei mengenmäßig etwas verminderten Bezügen um rund 15% auf 55 Mrd. S erhöhen.

Das Defizit der Leistungsbilanz, das 1980 den bisherigen Rekordwert aus dem Jahr 1977 nur knapp unterschritten haben dürfte, wird sich unter den geschilderten Annahmen 1981 nur wenig verringern. Unter der technischen Annahme, daß die Statistische Differenz auch in diesem wie im vergangenen Jahr einen Devisenüberschuß von 20 Mrd. S ausweist, wird die "erweiterte" Leistungsbilanz mit rund 20 Mrd. S nach 27 Mrd. S (1980) passiv sein.

Preisaufrtrieb nur wenig gedämpft

Die kräftige Inflation, die durch die gute Konjunktur und die Verteuerung der Energie- und Rohstoffimporte ausgelöst wurde, hat sich im Herbst 1980 abgeschwächt. Auf Jahresbasis betragen die monatlichen Zuwächse noch 4% bis 5%. Zum Jahresende und mit Jahresbeginn wurden und werden Tarife (Bahn, Post, Strom, Gas) und andere öffentlich beeinflusste Preise (Treibstoffe) teilweise kräftig erhöht. Für einen neuerlichen Inflationsimpuls sprechen jedoch neben den erwähnten Faktoren vor allem folgende Überlegungen: Der Wohnungsaufwand in Neubauwohnungen wird durch das hohe Zinsniveau stark belastet werden. Die Überwälzung der gestiegenen Energiekosten in die Letztverbraucherpreise (unter anderem auch in die Heizkostenabrechnungen von Miet- und Eigentumswohnungen) ist noch nicht abgeschlossen. Schließlich wird auch die Importpreisentwicklung die Preise der industriell-gewerblichen Waren kaum nennenswert dämpfen können, weil der gestiegene Dollarkurs den Import inflationiert.

Beeinträchtigung der Vollbeschäftigung?

Die erläuterten Tendenzen der Nachfrage lassen für den Jahresdurchschnitt 1981 keinen Zuwachs des

Brutto-Inlandsproduktes sowie der Industrieproduktion erwarten in der ersten Jahreshälfte 1981 wird das Produktionsniveau sogar deutlich unter den Vergleichswerten des Vorjahres liegen. Der Arbeitsmarkt hat bisher auf die Konjunkturverschlechterung nur wenig reagiert. Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich regionale und sektorale Schwerpunkte des Beschäftigungsproblems gebildet haben, deren Situation 1981 noch ungünstiger werden dürfte. Erhöhte Mobilität der Arbeitskräfte und der Produktionsstätten innerhalb Österreichs könnte diese Problematik entschärfen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die verringerte Beschäftigungsnachfrage auf dem Arbeitsmarkt eine ganze Reihe von Reaktionen hervorruft. Neben einer Verringerung der Ausländerbeschäftigung, die die Prognose im Ausmaß von 12 000 für 1981 annimmt, sinkt auch das Angebot an erwerbsuchenden Inländern tendenziell unter die längerfristig erwarteten Werte, in den Unternehmungen geht der Fortschritt der Arbeitsproduktivität unter Umständen bis auf Null zurück, schließlich vermag die Arbeitsmarktpolitik durch gezielte Unterstützungen der Arbeitslosigkeit in bestimmten Grenzen vorzubeugen. Trotz gesamtwirtschaftlich stagnierender Arbeitsproduktivität und der Annahme einer massiven Stützung der Beschäftigung durch die Arbeitsmarktförderung wird im Jahre 1981 ein mäßiger Anstieg der Arbeitslosigkeit kaum

Wichtige Prognosegrößen

	1979	1980	1981	1979	1980	1981
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Industrieproduktion				6,3	4½	0
Arbeitsmarkt						
Beschäftigte insgesamt (1 000)	2 770	2 788	2 785	0,7	0,7	-0,1
Beschäftigte Industrie (1 000)	620	623	603	-0,4	0,5	-3,2
Arbeitslose (1 000)	57	53	68			
Arbeitslosenrate (%)	2,0	1,9	2,4			
Einkommen						
Lohn- und Gehaltssumme (brutto Mrd S)	497,0	535,5	575,7	6,5	7¼	7½
je Beschäftigten (brutto, 1.000 S)	179,4	192,1	206,7	5,7	7	7½
Netto-Masseneinkommen (Mrd S)	492,0	524,0	555,4	6,7	6½	6
Preise						
Verbraucherpreise (Ø 1976 = 100)	113,3	120,6	127,8	3,7	6,3	6
Großhandelspreise (Ø 1976 = 100)	108,4	117,6	123,5	4,2	8½	5
Deflator des BIP (Ø 1964 = 100)	214,0	225,2	238,7	4,0	5¼	6

zu vermeiden sein. Mit einem Jahresdurchschnitt von 2,4% sollte jedoch die Arbeitslosenrate die üblicherweise als Grenzen der Vollbeschäftigungssituation angesehenen Werte höchstens zeitweise berühren.

Abgeschlossen am 22. Dezember 1980.